

Mitarbeiter:innen-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

**Du hast eine
schöne Stimme. 😊
Geh wählen!**



**Bürgerschaftswahl
am 14. Mai**





Liebe Kolleg:innen,

die aktuelle Tarifauseinandersetzung zeigt einmal mehr die Bedeutung unserer Gewerkschaften. Mit großer Entschlossenheit und einem wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung vertreten die Gewerkschaften die Interessen vieler Beschäftigtengruppen recht erfolgreich. Eine breit angelegte Solidarisierung ist spürbar und die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften schießen in die Höhe. Das sind Entwicklungen, die unsere Demokratie weiter stärken werden. Wenn wir uns zusammenschließen, können wir etwas bewegen und erreichen. Das wird uns über den Tag der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft hinaus helfen. Denn auch die Parteien werden darauf eingehen müssen. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr: Starke Gewerkschaften helfen unseren Kolleg:innen und stärken die Demokratie.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Rückmeldungen.

Mit kollegialen Grüßen

Eure MuMM-Redaktion

MUMM

Mitarbeiter:innenmagazin für den bremischen öffentlichen Dienst. Ausgabe 1/2023 vom 24.04.2023. Redaktionsschluss war der 11.04.

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Faulenstr. 14-18, 28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Lars Hartwig
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Lars Hartwig
Daniela Koltzau
Kai Mües
Ivonne Weinhold
Burkhard Winsemann

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
gpr-zeitung(at)gpr.bremen.de

Fotos: Wenn nicht anders angegeben: MUMM-Redaktion

Layout:

Burkhard Winsemann

Druck:

Hausdruckerei Der Senator für Finanzen
Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint voraussichtlich im November 2023

Inhalt

Viel in Bewegung	3
Bildung kann nicht warten	4
Wächst das Geld auf den Bäumen?.....	4
Gute Arbeit fair bezahlen	5
Wertschätzung und Entlastung: JETZT	5
Ein Blick in die Programme.....	6
CDU verspricht „Connected Cities“	6
SPD: „Zukunftsprogramm 2023-27“	7
GRÜNE wollen „Zukunft möglich machen“	7
Die LINKE auf sozial-ökologischem Kurs	8
Die FDP will zeigen, was geht.....	8
Gemeinsam erfolgreich sein	9
Die Fahrkarten, bitte!.....	9
Herzenssache gute Ausbildung	10
In Bremen darf man schon ab 16 Jahren wählen	11
Die Betriebsklimakleber	12

Viel in Bewegung

Am 14. Mai 2023 ist Bürgerschaftswahl. Was wird sich politisch in Bremen verändern? Zum jetzigen Zeitpunkt können wir nur spekulieren. Derweil hat sich bei uns im Gesamtpersonalrat einiges verändert. Doris Hülsmeier ist mit Wirkung vom 1. Januar in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Sie war vierzehn Jahre Vorsitzende des Gesamtpersonalrates für das Land und die Stadtgemeinde Bremen. In dieser Zeit hat Doris mit Leidenschaft und Engagement viele kluge Strategien für den Gesamtpersonalrat entwickelt und konnte diese immer wieder erfolgreich bei der Arbeitgeberseite platzieren. Dabei hat sie keinen Zweifel aufkommen lassen, dass es ihr stets um die Interessen unserer Kolleg:innen ging. Die unteren Einkommensgruppen hatte Doris immer besonders im Blick. Sie hat das Team des Gesamtpersonalrates mit viel Herzblut zusammengehalten und hat ihn viele Jahre maßgeblich geprägt. Wir bedanken uns für die tolle Zeit mit ihr im Gesamtpersonalrat und wünschen Doris für die Zukunft alles Gute.

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2022 wurde ich zum neuen Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats gewählt und der Vorstand hat sich mit Irene Purschke, Anne-Katrin Rieke-Brodda und Kai Mües neu aufgestellt. Allesamt wurden wir vom Plenum des Gesamtpersonalrats einstimmig in unsere neuen Funktionen gewählt. Wir haben uns sehr über das uns entgegengebrachte Vertrauen gefreut und sind voller Tatendrang auf das, was kommt.

Klar ist: Das Thema Digitalisierung wird eines der ganz großen Themen sein. Denn neben den Chancen birgt die Digitalisierung große Herausforderungen. Sie benötigt zunächst ein hohes Maß an Ressourcen und soll am Ende den Kolleg:innen dienen - nicht die Kolleg:innen der Technik.

Auch der Fachkräftemangel ist eine der großen Herausforderungen. Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, damit die Arbeitgeberattraktivität gesteigert wird. Den Fachkräftemangel wird man nicht mit frischen Werbekampagnen alleine beheben können. Auch wenn so manch ein öffentlicher Arbeitgeber sich das wünscht.

Auch im Vergabeausschuss für die Rest-Cent-Spendenaktion ist es zu

personellen Veränderungen gekommen. Mit Kai Mües hat ein versierter und erfahrener Kollege des Gesamtpersonalrats den Vorsitz von Doris Hülsmeier übernommen. Wir wünschen ihm und dem gesamten Team eine gute Hand bei der Auswahl der zu fördernden Projekte.

Auch der Arbeitsort soll zukünftig veränderbar sein. Was in der Corona-



Pandemie ein überwiegend unfreiwilliger Zwang war, sich jedoch großer Beliebtheit bei den Beschäftigten erfreute, soll in Zukunft im Rahmen von Arbeitgeberattraktivität in einer neuen Dienstvereinbarung dauerhaft möglich gemacht und geregelt werden. Die Verhandlungen für eine neue Dienstvereinbarung zum ortsflexiblen Arbeiten basiert auf Eckpunkten, auf die sich der Gesamtpersonalrat mit dem Finanzressort im Vorfeld verständigen konnte. Neue Arbeitsformen oder Büroraumkonzepte werden in dieser Dienstvereinbarung ausdrücklich nicht geregelt.

Die Fachkräftesituation im Land Bremen soll sich erst noch zum Besseren verändern. Mit der Schaffung eines Ausbildungsunterstützungsfonds hat Bremen gegen die Stimmen verschiedener Arbeitgeberverbände einen wichtigen Schritt in die Richtung einer solidarischen Kostenbeteiligung aller Unternehmen an der Ausbildung unternommen. Unter dem Titel „Ja zu mehr Ausbildung“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund maßgeblich die Schaffung

des Ausbildungsunterstützungsfonds unterstützt. Eine entsprechende Resolution des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Fraktionsvorsitzenden der Bremischen Bürgerschaft hat der Gesamtpersonalrat vollständig und geieint unterstützt. Der Ausbildungsunterstützungsfonds ist ein Erfolg für die Berufsausbildung in Bremen.

Liebe Kolleg:innen,
am 14. Mai wird die Bremische Bürgerschaft neu gewählt. Wer aktuell durch Bremen fährt, sieht in den Straßen eine Vielzahl von Wahlplakaten zur Bürgerschaftswahl. Die unterschiedlichen Parteien verkünden dort zumeist wenig konkret, weshalb sie glauben, die richtige Partei zu sein, die wir wählen sollten. Etwas konkreter werden die Parteien in ihren Wahlprogrammen. Wir haben uns diese von der SPD, der CDU, den Grünen, der FDP und der Partei Die Linke in Hinblick darauf, was sie für Gute Arbeit und den öffentlichen Dienst tun wollen, angesehen. Auf jedes Programm gehen wir mit einem kurzen Artikel in dieser Ausgabe der MuMM ein. Schaut euch die Ergebnisse an und macht euch euer eigenes Bild.

Wir sollten uns alle aktiv an der Wahl beteiligen. Denn das Wahlrecht ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie und gibt uns die Möglichkeit, unserer Haltung zu den Parteien und ihrer Arbeit Ausdruck zu verleihen. Doch nicht jede Partei die wir in unserer Demokratie wählen können, ist auch eine demokratische Partei. Unter dem Deckmantel der Demokratie stellen manche diese infrage. Die Antwort darauf kann nur sein: Wählt demokratische Parteien.

Lars Hartwig



Bildung kann nicht warten

Wir brauchen eine bedingungslose Finanzierung

Es scheint so, als hätten wir uns in Bremen bereits an das Tragen der roten Laterne im Bildungsvergleich gewöhnt. Familien sind für ihre Bildungsbiografien eigenverantwortlich. Sie gestalten Leben und Erfahrungen nach ihren Möglichkeiten.

Doch da liegt der Hase im Pfeffer.



Kinder und Jugendliche müssen in einer der wohlhabendsten Industrienationen unabhängig von dem Berufsstand ihrer Eltern die bestmöglichen Bildungsangebote bekommen!

Was bedeutet das?

In Bremen haben wir uns als erstes Bundesland zur Inklusion bekannt und immer noch streiten wir um die auskömmliche, finanzielle und personelle Ausgestaltung.

Was bedeutet es in Bremen und Bremerhaven,

- wenn zehn Prozent der Schülerschaft ohne Abschlüsse die Schule verlassen?
- Wenn ein Gros der Schulbeschäftigten Gefährdungsanzeigen stellen?
- Wenn die dauerhafte Arbeitsverdich-

tung zu Überlastung und Langzeiterkrankung führt?

- Wenn die Kernaufgaben nicht umgesetzt werden können?
- Wenn Schüler:innen mit besonderen Bedarfen nur eingeschränkt beschult werden?
- Wenn Schüler:innen nicht angemessen unterrichtet werden können?
- Wenn Kolleg:innen ohne Kooperationszeit als Team arbeiten sollen?
- Wenn Studierende unterrichten und keine Zeit finden, ihr Studium zu beenden?
- Wenn Studierende unterrichten, ohne Anleitung?

Was passieren muss

Die verheerenden Folgen des eklatanten Fachkräftemangels, in frühkindlicher und schulischer Bildung brauchen entschlossenes Handeln. Kinder und Jugendliche brauchen wertschätzende und angemessene Angebote, damit sie als Erwachsene gesellschaftliche Teilhabe wahrnehmen und auch leisten können. Erwachsene brauchen unterstützende Maßnahmen, damit wir gemeinsam Erwerbsleben gestalten können. Zuwanderung und Migration müssen wir als Notwendigkeit begreifen und wertschätzen. Durch bedingungslose Anerken-



Barbara Schüll ist Landesvorstandssprecherin der GEW.

Foto: privat

nung von Erfahrungen und Abschlüssen, mit begleitenden Maßnahmen, können wir Integration leben und Perspektiven schaffen. Differenzen müssen wir als überbrückbar erkennen.

Bildung ist der einzige Weg, frühkindlich und lebenslang! Dafür braucht es die bedingungslose Finanzierung, die auch außerschulische Lernorte wie Bibliotheken und Sport- und Freizeitstätten, finanziell absichert!

Dazu brauchen wir Politiker:innen, die gemeinsam gestalten und verwalten.

Barbara Schüll

Wächst das Geld auf den Bäumen?



Sven Stritzel, stellvertretender dbb-Landesvorsitzender

Foto: privat

Natürlich nicht!

Ebenso unrichtig ist, dass der Storch die Kinder bringt! Schaut man sich in den Wahlprogrammen zur Bürgerschaft um, so findet man in vielen Fällen allerdings nur wenige Hinweise darauf, wo denn das ganze Geld herkommen soll, mit dem die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger finanziert werden soll. Mithin alles was so Geld kostet, vom Krankenhaus bis hin zur Schule, die Bezahlung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern in den Betreuungsstätten für Kinder. Um nur wenige bzw. einige Beispiele zu nennen. Aufgaben und Dinge also, zu denen der Staat mit seinen vielfältigen Verwaltungsbereichen verpflichtet oder deren Beschaffung und Erfüllung gesellschaftlich erwartet wird. Die notwendigen Gelder kann nur ein leistungsfähiger und personell gut ausgestatteter öffentlicher Dienst sicherstellen!



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Die Landespolitik muss das im Fokus haben, denn eine Bäckerei braucht auch Bäcker:innen die Brötchen backen, die das Verkaufspersonal wiederum verkaufen soll, um die notwendigen „Brötchen“ zu verdienen. Denn ohne „Brötchen“ sprich Geld ist alles nichts!

Sven Stritzel

Gute Arbeit fair bezahlen

Tarifbindung muss der Maßstab sein.

Wir erleben gerade eine große Welle der Verunsicherung in der Gesellschaft. Immer mehr Krisen, Kriege und eine hohe Inflation führen zu Ängsten, die erst genommen werden müssen. Genau in dieser Zeit erwarten wir von der Politik, dass sie sich noch mehr für eine gute lebendige Demokratie einsetzt. Das bedeutet, nicht nur nach ideologischen Denken handeln, sondern sich an konkreten Problemen und Aufgaben



abarbeiten und das Gesamte im Blick zu haben. Wir brauchen einen guten öffentlichen Dienst der für die Menschen im Land da ist. Bei dem immer stärkeren Mangel an Arbeitskräften wird es

schwer, neue Kolleg:innen zu gewinnen. Damit erhöht sich der Druck bei den verbleibenden Beschäftigten. Gerade dieser Herausforderung des öffentlichen Dienstes muss sich die Politik stellen. Wir brauchen eine verlässliche und gute Daseinsvorsorge, die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Ein Auslagern der Arbeit des öffentlichen Dienstes hat dazu geführt, dass Lohndumping in vielen Bereich geschehen ist. Dieses muss zurückgeführt werden. Es kann nicht sein, dass beispielsweise Wach- und Sicherheitsleute die Gebäude des öffentlichen Dienstes bewachen, aber selber gerade einmal den Mindestlohn bekommen. Sie sind ebenso für Erhaltung der Demokratie zuständig und gehören in den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes. Daher muss eine flächendeckende Tarifbindung wieder der Maßstab sein. Jede:r sollte nach einem Arbeitsleben in die Rente gehen ohne auf einen Zuschuss vom Staat angewiesen zu sein. Arbeit muss



Markus Westermann ist Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Bremen-Nordniedersachsen.

wieder wertgeschätzt und fair bezahlt werden. Nur gemeinsam mit den Sozialpartner:innen wie Gewerkschaften und Sozialverbänden lässt sich eine gute Politik für die Menschen zu machen. Die Mitbestimmung muss auf allen Ebenen stärker gelebt und ausgebaut werden. Das stärkt die Demokratie und schwächt die, die die Demokratie in Fragen stellen.

Markus Westermann

Wertschätzung und Entlastung: JETZT

Es geht um uns, um ein gutes Zusammenleben, Gute Arbeit und einen guten öffentlichen Dienst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 14. Mai 2023 findet die Bürgerschaftswahl in unserem Bundesland Bremen statt. Alle wahlberechtigten Bremerhavener:innen und Bremer:innen sind aufgefordert wählen zu gehen. Als Interessenvertretung für Beschäftigte im Bereich der Inneren Sicherheit arbeiten wir täglich für Eure Interessen. Die letzten vier Jahre waren geprägt von der Covid-Pandemie und dem abscheulichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Belastungen in den Ämtern und



der Polizei in Bremen und Bremerhaven sind sehr hoch. Trotz der weltweiten Krisen und den damit einhergehenden gestiegenen Aufgaben haben die Kolleg:innen den öffentlichen Dienst am Laufen gehalten. Dafür gab es auch viel

Applaus, aber keine Entlastungen für die Kolleg:innen. Zur Wertschätzung gehört mehr als nur ein Applaus.

Es muss dringend Entlastung und Wertschätzung bei den Kolleginnen und Kollegen ankommen. Das geht nur durch Investitionen in das Personal und in eine moderne IT-Ausstattung und Digitalisierung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

In diesem Wahljahr haben wir vom GdP-Landesvorstand wieder Wahlprüfsteine gefertigt, die wir von der Politik bearbeitet wissen wollen. Die ausgewählten Wahlprüfsteine der Gewerkschaft der Polizei -Landesbezirk Bremen- sind nicht abschließend. Ihr könnt sie in unserer Mitgliederzeitung oder unter www.gdp.de nachlesen.

Die Politik muss schnellstens handeln und den öffentlichen Dienst so aufstellen, dass er handlungsfähig ist. Es bleibt nicht viel Zeit nach der Wahl für die gewählten Politiker:innen, um schnellstens Entlastung für die belasteten Bereiche zu erreichen. Wir



Nils Winter ist Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

erwarten die erforderliche Rückendeckung und Wertschätzung der Politik. Es geht um uns, um ein gutes Zusammenleben, Gute Arbeit und einen guten öffentlichen Dienst.

Ganz wichtig ist es, wählen zu gehen. Macht von Eurem Wahlrecht Gebrauch. Nils Winter

Ein Blick in die Programme

Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft bestimmt maßgeblich, wo es in Bremen in den kommenden vier Jahren politisch langgeht. Uns im öffentlichen Dienst betrifft so eine Wahl immer doppelt: Als Bürger:innen, die auf - mehr oder weniger - vielfältige Weise von der Qualität und Quantität öffentlicher Dienstleistungen betroffen sind. Und als Beschäftigte, die eben diese Dienstleistungen erbringen, die die von der Politik gesetzten Vorgaben umzusetzen haben und deren Arbeitsbedingungen ebenfalls erheblich davon abhängen.

Deshalb ist es uns vor jeder Wahl wichtig, in der MUMM einen Blick auf die Programme der Parteien zu werfen. Von

Legislaturperiode zu Legislaturperiode werden die Programme immer länger. Deshalb haben wir uns auf zwei Themenbereiche konzentriert: Was wollen die Parteien für Gute Arbeit tun? Und welche Zukunft erwartet den öffentlichen Dienst?

Herausgekommen sind ein paar Schlaglichter auf die politischen Ziele der Parteien, die ihr auf den folgenden Seiten nachlesen könnt.

Auch vor dieser Wahl wird der Gesamtpersonalrat wieder eine Personalräteversammlung durchführen, in der die Spitzenkandidat:innen der in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien zu

unseren Themen Rede und Antwort stehen können. Da diese Veranstaltung erst kurz vor der Wahl stattfindet, konnten wir mit der MUMM nicht darauf warten. Über neue Erkenntnisse aus dieser Personalräteversammlung werden euch jedoch kurzfristig auf unserer Internetseite gpr.bremen.de und per Mail über die örtlichen Personalräte informieren.



Burkhard Winsemann

CDU verspricht „Connected Cities“

Die CDU hat sich bei der Gestaltung ihres Regierungsprogramms mächtig ins Zeug gelegt, um herauszustechen. Unter dem Titel „Connected Cities. Das vernetzte Land.“ werden die einzelnen Kapitel als Linien eines fiktiven Liniennetzes dargestellt. Die Inhalte des Programms können da in puncto Originalität nicht ganz mithalten.

Zu Guter Arbeit finden sich auf der Linie „Arbeit und Soziales“ nur einige sehr globale Aussagen. So orientiert sich die CDU am Ziel Vollbeschäftigung und warnt vor einem „Übergang in ein System des bedingungslosen Grundeinkommens“ durch das Bürgergeld. Wichtige Rahmenbedingungen für Arbeit werden dagegen im Kapitel Wirtschaft behandelt. Dort wird beispielsweise angekündigt, die Abgabe für den Ausbildungsfonds wieder abzuschaffen. Zu dem will die CDU eine Reihe von Kriterien aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz streichen. Das ist übrigens der einzige Treffer des Suchbegriffs „Tarif“ auf den Linien Arbeit und Wirtschaft.

Die CDU will die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern durch eine „schnelle, vorausschauende und zeitgemäß agierende Personalentwicklung“ und „arbeitsplatzbezogene Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen“. Dadurch sollen potenzielle Nachwuchskräfte angesprochen, die Arbeitszufriedenheit

CDU
BREMEN

erhöht und Fehlzeiten sowie Erkrankungen vorgebeugt werden. Mobiles Arbeiten soll so weit wie möglich ermöglicht werden.

Die Bezahlung im öffentlichen Dienst soll sich konsequent am Bundesdurch-

schnitt orientieren und Möglichkeiten für leistungsorientierte Zulagen nutzen. Allen Bediensteten will die CDU eine steuerfreie Inflationsausgleichsprämie zukommen lassen. Tarifabschlüsse im TV-L will die CDU zeitnah (?) und wirkungsgleich auf Beamt:innen übertragen.

Mit Entbürokratisierung und Digitalisierung will die CDU Potenziale heben, damit neue Aufgaben für die öffentliche Verwaltung möglichst ohne zusätzliches Personal gestemmt werden können. Künstliche Intelligenz soll flächendeckend in Standardprozessen der Verwaltung eingesetzt werden.

SPD: „Zukunftsprogramm 2023-27“

Die SPD nennt ihr Programm schlicht aber selbstbewusst „Zukunftsprogramm 2023-2027“. Um die Zukunft zu gestalten, seien erhebliche Anstrengungen und Investitionen erforderlich, heißt es im Vorwort.

Für die SPD hat gute Arbeit einen hohen Stellenwert. Dies verdeutlicht sie schon durch die Positionierung des Themas am Anfang ihres Wahlprogramms. Bremen soll das Land für Gute Arbeit sein. Dazu soll die Geltung von Tarifverträgen ausgeweitet werden, unter anderem durch die breitere Anwendung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Die SPD kündigt ein Landesaktionsprogramm für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt an. Dies soll Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und helfen, die Entgeltungleichheit abzubauen.

Als Schlüssel für eine erfolgreiche sozialökologische und technologische Transformation sieht die SPD die Weiterbildung an. Unter anderem will sie

mit Transitionsgesellschaften berufliche Umstiegsmöglichkeiten schaffen und ein Recht auf Weiterbildung erproben.

Die Einrichtung eines bremischen Ausbildungsfonds ist für die SPD essenziell, um die Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Sie will mit dem Fonds auch Unterstützungssysteme entwickeln, die den Erfolg der Ausbildung sichern.

SPD LAND
BREMEN

Die SPD sieht im öffentlichen Dienst einen attraktiven Arbeitgeber und bürgerfreundlichen Dienstleister. Grundsätzlich wichtig bleibe eine gute und angemessene Bezahlung. Die Partei bekennt sich daher zur Tarifbindung und sichert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung

der Tarifabschlüsse auf die Beamt:innen zu. Die SPD bekennt sich vorbehaltlos zur Mitbestimmung nach dem Personalvertretungsgesetz.

In Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen will die SPD neue Arbeitszeitmodelle entwickeln. Auch eine stärkere Nutzung des Homeoffice soll die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver machen. Enttäuschend ist, dass die SPD auf andere Aspekte guter Arbeitsbedingungen nicht näher eingeht.

Eine Schlüsselaufgabe bleibt für die SPD die Ausbildung im öffentlichen Dienst. Dabei soll grundsätzlich eine Übernahme nach Abschluss der Ausbildung erfolgen.

GRÜNE wollen „Zukunft möglich machen“

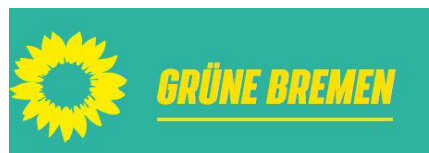
Die GRÜNEN wollen ihrem Programmtitle zufolge „Zukunft möglich machen“ und gliedern ihr Programm in drei Abschnitte: „Was der Mensch braucht“, „Was wir als Gesellschaft brauchen“ und „Was die Erde von uns braucht“.

Aus Sicht der GRÜNEN sollen Arbeitsbedingungen so gestaltet sein, dass sie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen – sei es mobiles Arbeiten, flexible Arbeitszeitmodelle, bessere Work-Life-Balance oder die Integration von ausländischen Fachkräften. Unter anderem wollen Sie das mit einer Reform des Arbeitsschutzgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes erreichen.

Die GRÜNEN wollen die Frauenerwerbsquote erhöhen und dazu unter anderem tarifliche Verbesserungen in sogenannten typischen Frauenberufen unterstützen, Minijobs eindämmen und familiengerechte Arbeitszeitmodelle fördern. Auf Bundesebene wollen sie sich für ein Entgeltgleichheitsgesetz einsetzen, um der ungleichen Bezahlung

von Männern und Frauen einen Riegel vorzuschieben. Zudem soll ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichten.

Mehr Teilhabe für Langzeitarbeitslose wollen die GRÜNEN mit einem sozialen Arbeitsmarkt schaffen und dazu die arbeitsmarktpolitischen Landesprogramme ausbauen..



Die GRÜNEN wollen das Angebot des öffentlichen Dienstes digitalisieren und verweisen auf das Projekt ELFE, mit dem Bremen vorgemacht habe, wie Digitalisierung nach dem Once-Only-Prinzip geht.

Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber soll attraktiver werden. Dazu sollen

unter anderem sinnstiftende Arbeit und Gestaltung neuer Arbeitsräume beitragen. Auch gute Ausstattung und flexible Arbeitszeitmodelle werden genannt. Die Grünen wollen die Möglichkeit prüfen, ob die Jahressonderzahlung in Urlaubstagen umgewandelt werden können und haben wohl nicht daran gedacht, dass es das mit dem Flexiurlaub bereits gibt. Und sie versprechen gute Bezahlung – wobei offen bleibt, was das heißt, ob ein Tarifvertrag zu Grunde liegt und wie es sich mit der Besoldung verhält.

Die GRÜNEN wollen, dass der öffentliche Dienst „krisenresilient“ wird. Dazu soll die Verwaltung Abteilungs- und Referatslogiken überwinden, eine neue Kultur der Arbeit hin zu Zusammenarbeit und Wissensaustausch etablieren und sich weg von „Zuständigkeit“ hin zu „Service“ entwickeln - was auch immer das alles bedeuten soll.

Die LINKE auf sozial-ökologischem Kurs

„Damit Bremen weiter auf sozial-ökologischem Kurs bleibt“ will die LINKE gewählt werden. Die Bilanz der jetzigen Koalition könne sich durchaus sehen lassen, heißt es darin. Weitermachen genüge aber nicht. Eine entschlossene, aktive Landespolitik müsse strukturelle Probleme lösen und soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellen.

Mit einer Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsoffensive will die LINKE den sozialökologischen Umbau voranbringen. Die Landespolitik müsse gemeinsam mit Unternehmen, Beschäftigten und deren Interessenvertretungen Veränderungsprozesse gestalten.

Die LINKE will den Landesmidestlohn weiter verbessern, so dass er auch zuverlässig vor Altersarmut schützt. Im Tariftreue- und Vergabegesetz will sie weitere Kriterien einführen, beispielsweise zu Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit. Darüber hinaus will sie noch mehr

Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären.

Die LINKE will einen handlungsfähigen, verantwortlichen Staat. Sie will die Schuldenbremse aus der Landesverfassung streichen, da diese den Spielraum für notwendige Investitionen einschränke. Um nicht

DIE LINKE.
BREMEN UND BREMERHAVEN

auf Dauer von Krediten abhängig zu sein, will sie mit mehr Personal in den Finanzämtern und einer höheren Besteuerung von Gewinnen und Vermögen höhere Einnahmen erzielen. Wie die LINKE damit umgehen will, wenn sie dies nicht erreichen kann, bleibt leider offen.

Im öffentlichen Dienst sieht sie das Rückgrat des Bundeslandes. Er sei

zentral für die anstehenden Herausforderungen. Bremen müsse sich „noch besser als attraktiver Arbeitgeber“ positionieren. Dazu müssten zum Beispiel Zulagen für Mangelberufe geschaffen werden. Außerdem will die LINKE, dass Bremen mehr ausbilde und mit neuen dualen Studiengängen mehr Nachwuchs gewinnt.

Die LINKE will privatisierte Bereiche rekommunalisieren. Neben einer vollständigen Übernahme der Abfalllogistik hat sie dabei auch die Wasserver- und entsorgung und die Energienetze im Blick. Dafür will sie ein neues kommunales Energieversorgungsunternehmen gründen.

Die LINKE bekennt sich zum Bremischen Personalvertretungsgesetz und ausdrücklich auch zur Allzuständigkeit der Personalräte. Die Freistellungsregelungen will sie an die des Betriebsverfassungsgesetzes angleichen.

Die FDP will zeigen, was geht

Unter dem Titel „Zeigen wir, was geht.“ präsentiert die FDP eine Neuauflage ihres bekannten Leitmotivs: „Leistung muss sich wieder lohnen“. Das geht schon bei den Schulen los, die leistungsorientiert sein sollen und das mit Ziffernoten ab Klasse 3 und dem Wiedereinführen des Sitzenbleibens zum Ausdruck bringen sollen.

Beim Thema Arbeit setzt die FDP auf den Abbau von Regeln, die zum größten Teil bundesgesetzlich verankert sind. So will sie im Arbeitszeitgesetz mehr Flexibilität ermöglichen, das Renteneintrittsalter flexibilisieren und Hinzuerdienstmöglichkeiten für Rentner:innen erweitern. Zeitarbeit ist aus Sicht der FDP ein unverzichtbares Instrument für einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Die Ausbildungsabgabe will die FDP wieder abschaffen, ebenso wie den

Landesmindestlohn. Damit soll die Tarifautonomie gestärkt werden.

Mit einem „Midlife-BAFÖG“ und sogenannten Freiraumkonten, auf denen Arbeitnehmer:innen steuer- und sozialabgabenfrei Teile ihres Einkommens für Weiterbildungen zurücklegen können, will die FDP Weiterbildungen fördern.

Freie Demokraten
Landesverband Bremen **FDP**

Die FDP bekennt sich vorbehaltlos zur Schuldenbremse. Im öffentlichen Dienst plant die FDP „eine grundlegende Modernisierung des Personalvertre-

tungsgesetzes, um dann eine „Personalstrukturreform“ durchzuführen. Damit soll der Anteil der Verwaltungsausgaben am Haushalt halbiert (!) werden. Ohne auf einen möglichen Widerspruch einzugehen, verspricht die FDP jedoch für einzelne Bereiche mehr Personal. So soll die Personalstärke der Polizei auf 3.300 angehoben und die Personalausstattung in Schulen und Kitas verbessert werden.

Die FDP will alle Eigenbetriebe und Beteiligungen Bremens überprüfen und gegebenenfalls privatisieren. Die Erlöse sollen vollständig in Schuldenabbau oder Investitionen fließen. Außerdem will sie einen vermeintlichen „allgemeinen Verlustausgleich“ abschaffen, der jegliche betriebswirtschaftliche Effizienz“ verhindere. Was damit gemeint ist, bleibt unklar.

Gemeinsam erfolgreich sein

Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst dauert an

Bekanntlich fordert ver.di im Rahmen der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes (TVöD) für die über 2 Millionen Beschäftigten angesichts einer Inflation von je rund 8 % in letztem und diesem Jahr eine Entgelterhöhung von 10,5 %, mindestens aber 500 Euro. Für die Auszubildenden und Praktikant:innen streiten die Gewerkschaften für mindestens 200 Euro mehr im Monat.

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft, dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) verliefen äußerst schwierig und so zäh, dass am Ende keine Einigung erzielt werden konnte. Begleitet wurden die Tarifverhandlungen über Wochen von zahlreichen bundesweiten Warnstreiks an Flughäfen, Kitas, Nahverkehr, Schleusen und in vielen anderen Bereichen, darunter am 27. März der größte Streiktag in Deutschland seit 31 Jahren.

Der Unmut von über 500.000 Kolleg:innen, die in den letzten Wochen auf die Straße gegangen sind, scheint die Arbeitgeber nicht erreicht zu haben.

In der 3. Verhandlungsrunde gab es nämlich entgegen der Aussagen der Arbeitgeber kein Angebot, sondern nur mündlich formulierte vage Aussagen. Und diese waren viel zu weit entfernt von unserer Forderung. Deswegen hat ver.di die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die Arbeitgeber haben daraufhin die Schlichtung angerufen.

Dieses Schlichtungsverfahren mit anschließenden erneuten Verhandlungen läuft nun bis Ende April. Dann wird sich entscheiden, ob eine Einigung erzielt werden konnte oder ob die Gewerkschaft ver.di ihre Mitglieder zur Abstimmung über einen unbefristeten Erzwingungsstreik im Bereich des TVöD aufruft. Sofern dann die nötige Mehrheit erreicht wird, könnte es ab Ende Mai zu bundesweiten massiven Großstreiks im öffentlichen Dienst kommen.

Diese Tarifrunde TVöD ist auch ein Wegweiser für die im Herbst anstehende Tarif- und Besoldungsrunde im Bereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L). Klar ist: Ein gutes Tarifergebnis ist kein Selbstgänger. Auch die Beschäftigten



Foto: ver.di

Jörn Kroppach ist Gewerkschaftssekretär bei ver.di

im TV-L müssen sich darauf vorbereiten, für ihre Entgelterhöhungen auf die Straße zu gehen. Sich jetzt zu vernetzen und Gewerkschaftsmitglied zu werden ist angesagt. Nur gemeinsam und mit vielen werden wir erfolgreich sein.

Jörn Kroppach

Die Fahrkarten, bitte!

Jobticket-Minimallösung stößt quer durch alle Bereiche auf Kritik

Andere Städte machen es vor. Mainz führt das 9 Euro-Ticket für die Beschäftigten der Stadtverwaltung ein, und in Hannover soll es das sogenannte Deutschland-Ticket künftig für 365 Euro im Jahr geben. Auch Bremen hätte die Möglichkeit, sich mit einem Zuschuss zum Jobticket als attraktive Arbeitgeberin zu präsentieren.

Der Gesamtpersonalrat hat Spitzenvertreter:innen des Senats angeschrieben und gefordert, dass Bremen die von den Verkehrsministern vereinbarte Jobticket-Regelung nutzt. Danach fördern Bund und Länder die Nutzung des Deutschlandtickets (49€-Ticket) als Jobticket, wenn der Arbeitgeber einen Teil der Kosten übernimmt. Eine monatliche Kündigungsmöglichkeit wie beim normalen Deutschlandticket gibt es beim Jobticket nicht. In der Antwort des Senats werden verschiedene dienst- und tarifrechtliche Bedenken angeführt, derentwegen eine Bezuschussung nicht

möglich sei.

Damit bliebe es bei dem kürzlich in einer Information von PerformaNord beschriebenen Weg: Beschäftigte, die bisher ein Jobticket nutzen, können dies vorzeitig kündigen, wenn sie über die BSAG das Deutschlandticket abonnieren. Für diese Minimallösung gab es quer durch alle Bereiche viel Kritik von unseren Kolleg:innen.

Uns hat die Antwort des Senats nicht überzeugt. Es ist unverständlich, wenn



Kein Deutschlandticket als Jobticket: Diese Minimallösung stößt auf Kritik

Bremen für seine Beschäftigten die Jobticket-Regelung –die die Verkehrssenatorin auf Bundesebene mit ausgehandelt hat– nicht nutzt. Andere öffentliche Arbeitgeber –siehe oben– finden Wege für ein bezuschusstes Jobticket, und das unter weitgehend gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir finden es ärgerlich, dass der Senat sich –ähnlich wie schon bei der Fahrradvorschussrichtlinie– hinter rechtlichen Argumenten verschanzte. Viel besser wäre es doch, er würde zwei wichtige politische Ziele aus der rot-grün-roten Koalitionsvereinbarung energisch voranbringen: Die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und die Verkehrswende. Wir erwarten eine bessere Lösung für die Kolleg:innen und werden dazu weitere Gespräche mit dem Senat führen.



Lars Hartwig

Herzenssache gute Ausbildung

Auf der Suche nach unseren zukünftigen Kolleg:innen

Seit fast 100 Tagen bin ich Leiter des Referats 40 – Berufliche Ausbildung und Praktika im Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ). Das AFZ managt die Ausbildung im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen vom Recruiting über die Ausbildungsbegleitung bis zur Prüfung. Um es gleich zu sagen, ich habe damit genau das gefunden, wobei ich anderen helfen will: nämlich den Traumjob. Nur selten hat man das große Glück, seine Berufung leben zu können, sprich es zur Herzenssache zu erheben.

Was will ich im AFZ bewirken? Diese Frage kann ich ganz klar beantworten: Ich möchte Menschen all das an die Hand geben, was sie brauchen, um erfolgreich ihren Berufsweg zu gehen. Dazu gehört zuerst einmal herauszufinden, welche Talente jede:r mitbringt. Das erfordert intensive Gespräche und auch das Schauen am Wegesrand des bisherigen Werdeganges. Wichtig ist diese Suche, um Berufsanfänger:innen maßgeblich so viele Optionen bei uns wie möglich aufzuzeigen, damit sie zu einer realistischen Selbsteinschätzung kommen. So ist es beispielsweise wichtig, Hobby von Berufung abzugrenzen oder aber sie ineinandergreifend zusammen zu führen. Denn schließlich ist die Berufswahl kein Einkaufsbummel, sondern eine Entscheidung, die ein ganzes Leben nachhaltig prägen kann. Ferner gilt es, zukunftsorientiert, also strategisch zu planen, da heutige Berufsbilder einer ungeheuer rasanten Wandlungsgeschwindigkeit unterliegen. Technisierung und künstliche Intelligenz dringen immer schneller und tiefer in herkömmliche Berufsfelder ein und fordern von den Arbeitenden ein hohes Maß an innovativem Denken und Anpassungsbereitschaft. Herausforderungen, die unbedingt bei der Berufswahl berücksichtigt werden müssen.

Mir selber ist es nicht anders gegangen, der beste Beweis ist, dass ich hier heute stehe. Ich habe erst einmal Jura studiert. Und das war gut so. Wie ich merkte, war es aber eben nicht meine Traumvorstellung in irgendeinem typisch juristischen Beruf zu gehen. So arbeitete ich denn auch erst einmal in einer Kreishandwerkerschaft in Niedersachsen. Hier konnte ich die verschiedenen Schritte von der Suche nach Auszubildenden über die Ausbildung bis zur

Abschlussprüfung mitgestalten und merkte sehr bald, dass dieses Thema genau mein Ding ist. Ich vertiefte mich immer weiter in die Materie und bin nun genau da, wo ich hin wollte: ich helfe anderen Menschen dabei, den für sie besten Berufsweg zu finden.

Wie wollen wir am AFZ unsere Kolleg:innen von Morgen finden? Um dieses Ziel zu erreichen, steht für mich am Anfang das Ausbildungsmarketing. Ich sehe das Marketing jedoch nicht lediglich als eine Selbstdarstellung an verschiedenen Orten, sondern es ist eine zielgerichtete Ansprache von potenziellen Auszubildenden notwendig.



Foto: privat

Ante Brekenfeld leitet seit Anfang des Jahres das Referat 40.

Haben wir dann zueinander gefunden, beabsichtigen wir, den Auswahl- und Einstellungsprozess deutlich zu beschleunigen. Passende Bewerber:innen sollen zügig von uns die Rückmeldung erhalten, dass die Freie Hansestadt Bremen ihre passende Ausbilderin ist. Dies ist lediglich einer unserer Schritte um der schon jetzt merklichen Fachkräftekrise entgegenzuwirken.

Im Team des Referates 40 am AFZ habe ich hochmotivierte Kolleg:innen gefunden, die mit mir zusammen diese spannende und herausfordernde Aufgabe engagiert und mit Herzblut jeden

Tag meistern. Neben der Suche nach Auszubildenden besteht der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Betreuung der Auszubildenden und Ausbilder:innen bis zur Abschlussprüfung. Hierbei setzen sie sich in ihrer täglichen Arbeit mit vollem Engagement im Sinne der zurzeit über 800 Auszubildenden ein. Neben standardisierten Verfahren wird selbstverständlich auch auf die individuellen Bedürfnisse der Auszubildenden eingegangen. Das kann auch bedeuten mit einem Auszubildenden in den ersten Tagen gemeinsam zur Ausbildungsstelle zu fahren, um unterstützend zu wirken. Auch bei privaten Schwierigkeiten wird im Rahmen der Möglichkeiten natürlich versucht, Lösungen herbeizuführen. Das Ausbildungsziel ist schließlich ein erfolgreicher Abschluss und die Absolvent:innen sollen mit Freude in ihre Arbeit im bremischen öffentlichen Dienst starten.

Auch Sie können als künftige Kolleg:innen der Auszubildenden und Studierenden dazu beitragen, dass mehr junge Menschen die Vorzüge einer Karriere bei uns erkennen und sich für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst entscheiden. Hierzu können Sie einfach in Ihrem Umfeld davon berichten was für Ihre Entscheidung zur Berufswahl ausschlaggebend war oder welche positive Erfahrungen Sie in Ihrem Berufsalltag gemacht haben.

Vielleicht haben Sie sogar selbst Interesse bekommen junge Menschen bei ihrem Berufsstart als Ausbilder:in zu unterstützen? Dann melden Sie sich gerne bei uns im Referat 40 beim AFZ. Natürlich unterstützen wir jede:n Ausbilder:in und bieten Qualifizierungsangebote. Packen wir es gemeinsam an!

Ante Brekenfeld

In Bremen darf man schon ab 16 Jahren wählen

Deine Stimme, deine Stadt, deine Zukunft

Bei der Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 dürfen alle, die 16 Jahre oder älter sind, eine deutsche Staatsangehörigkeit haben und seit mindestens 3 Monaten im Lande Bremen wohnen, wählen. Bei der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren hat nur knapp die Hälfte der wahlberechtigten Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren - vor allem Erstwähler:innen - gewählt. Das ist schade, denn so lassen besonders junge Erwachsene andere über wichtige Themen und ihre Zukunft entscheiden.

Wir, die Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Gesamtpersonalrat,

möchten darauf hinweisen, dass du bei jeder Wahl die Chance bekommst, aktiv Einfluss auf zukünftige politische Entscheidungen zu nehmen. Diese können sich positiv auswirken, wie zum Beispiel beim TIM-Ticket, mit dem Azubis für nur 30 Euro im Monat im gesamten VBN-Gebiet fahren können. Beim Azubi-Wohnen und dem sozialem Wohnungsbau müssen Politiker:innen in Bremen hingegen noch einiges tun. Weitere wichtige Zukunftsthemen sind für uns der Umwelt- und Klimaschutz, die Digitalisierung, der Zustand des Bildungswesens oder leider auch Kriege und Terrorismus. Wahlen

sind das wichtigste Mittel zur Sicherung unserer Demokratie. Wer wählt, übernimmt aktiv Verantwortung und hilft, unsere Demokratie zu schützen. Nur eine hohe Wahlbeteiligung verhindert, dass extremistische Parteien einen größeren Einfluss auf unsere Gesellschaft nehmen. Darum unsere Bitte: Gib auch du deine Stimme ab - für deine Stadt und deine Zukunft!



Yvonne Weinhold

Infos zur Wahl

Du willst wissen, welche Parteien deinen eigenen politischen Positionen am nächsten stehen? Anhand der zehn wichtigsten Forderungen der zur Bürgerschaftswahl 2023 zugelassen Parteien haben Politikwissenschaftler:innen und junge Erwachsene aus Bremen und Bremerhaven Thesen erarbeitet. Der Wahl-O-Mat ist ein Frage- und Antwort-Tool, für das 38 dieser Thesen ausgewählt wurden. Hier geht's zum Wahl-O-Mat:



Interesse an kostenlosen Büchern und Zeitschriften zur politischen Bildung? Dann komme in die Landeszentrale für politische Bildung (Birkenstraße 20/21, 28195 Bremen, Öffnungszeiten Di und Do 13-17 Uhr - außer in den Schulferien).



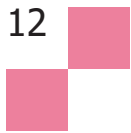
Foto: Rebecca Miller, Fotoarchiv SKB Bremen

Lisa Peyer von der Landeszentrale für politische Bildung gibt den Vertretern der Jugend- und Auszubildendenvertretung, Simon Arnold und Matthias Höhmann, Informationen zur Bürgerschaftswahl 2023. Lisa Peyer von der Landeszentrale für politische Bildung gibt den Vertretern der Jugend- und Auszubildendenvertretung Informationen zur Bürgerschaftswahl 2023.

Was ist eigentlich der Ausbildungsfonds?

Bremen diskutiert aufgeregt über die Ausbildungsabgabe. Worum geht es da eigentlich?

Alle Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten zahlen -je nach Größe- in den Ausbildungsfonds ein. Aus diesem Topf bekommen Unternehmen, die viel ausbilden, Geld zurück. Außerdem sollen Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende, wie etwa Nachhilfe, Sozialberatung und Ähnliches daraus finanziert werden.



Die Betriebsklimakleber

Polizei entfernt Blockierer aus PR-Sprechstunde

In bestimmten Kreisen ist es ja zuletzt Mode, Kunstwerke mit Kartoffelbrei oder Tomatensoße umzugestalten. Oder sich für den Klimaschutz auf der Straße festzukleben.

Klimaschutz wird auch bei der Bremer Stadtreinigung (DBS) ganz groß geschrieben. So soll zum Beispiel deren Fahrzeugflotte in den nächsten Jahren zügig auf elektrischen Betrieb umgestellt werden. Eine der Aufgaben der Bremer Stadtreinigung, nämlich für möglichst viel Recycling zu sorgen, ist sowieso durchweg auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Dennoch wäre es rein spekulativ zu vermuten, die Führungsetage der Bremer Stadtreinigung bekenne sich jetzt zur Letzten Generation. Immerhin scheint man dort Festkleben als ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung anzusehen. Wenn auch bisher nur symbolisch, ohne Klebstoff.

Was ist passiert? Der Personalrat der DBS hatte Mitarbeitende der Recyclingstationen zur Sprechstunde eingeladen.

ßend sollte man aber den Blick weiten. Wenn man sich umsieht, kommt man zu dem Ergebnis, dass der Fall DBS zwar einzigartig spektakulär, aber keineswegs ein Einzelfall ist. Wir sehen bei einigen Dienststellenleitungen eine zunehmende Tendenz zum unbürokratisch-pragmatischen Rechtsbruch. Das Personalvertretungsgesetz wird schlicht ignoriert, wenn es gerade nicht in den Kram passt. Einfach nur das Letzte.



Burkhard Winsemann



Es erschienen auch zwei Führungskräfte, die nicht mit der Einladung gemeint waren. Der Aufforderung, den Raum zu verlassen, kamen sie nicht nach. Offenbar handelten sie in höherem Auftrag und blieben beharrlich sitzen.

Das Ganze eskalierte so weit, dass der Personalrat sein Hausrecht nur mit Hilfe der Polizei durchsetzen konnte. Umsichtig verschafften sich die herbeigerufenen Beamten Informationen zur rechtlichen Einordnung der nicht ganz alltäglichen Situation. 2 Stunden später, nach Feststellung der Personalien, verließen die Führungskräfte die Recyclingstation.

Man könnte nun einfach nur staunen und/oder lachen über diese Anekdote. Lachen ist ja auch gesund. Anschlie-